

Rathaus-Journal

Bonn – Ostern 2024

BONN-ZENTRUM

Liebe Bonnerinnen und Bonner,



wenn Sie unsere Frühjahrsausgabe des Rathaus-Journals erreicht, sind es nur noch wenige Tage bis Ostern, die Osterferien stehen vor der Türe.

Im vergangenen Monat wurde im zweiten Wahlgang (im ersten war die Wahl gescheitert) die **Amtszeit unseres Stadtbaurates** um acht Jahre verlängert. Die CDU hatte sich gegen eine Verlängerung ausgesprochen, weil wir eine falsche Prioritätensetzung, eine gewisse Konzeptionslosigkeit und jede Menge offene Baustellen im Planungsdezernat beklagen. Gerade die Bereiche Verkehr, Planung und Bauen sehen wir nicht gut aufgestellt.

Unsere ersten drei Veranstaltungen in diesem Jahr im Rahmen unseres **Programmprozesses „Bonn 2030“** waren den Themen „Familien und Soziales“ sowie „Bauen, Wohnen und Stadtplanung“ und „Verwaltung und Finanzen“ gewidmet. Die Themen unserer Fachforen, zum Beispiel OGS und KiTa, Wohnraum schaffen, eine zukunftsfähige Stadtplanung, bürgerfreundliche Verwaltung sowie die Finanzlage unserer Stadt treiben viele Bonnerinnen und Bonner um, wie die Teilnehmerzahlen und Diskussionsbeiträge deutlich zeigen.

Es zeigt sich, dass das Interesse an den Themen unserer Stadt viel breiter

aufgestellt ist, als sich allein auf die einseitige Verkehrspolitik der grün-linken Stadtratsmehrheit zu fokussieren. Als CDU halten wir den aktuellen **Verkehrsversuch auf der Adenauerallee** für einen Irrweg und setzen zum Beispiel auf Anreize und Verbesserungen des ÖPNV anstatt auf Spurwegnahmen, Straßensperrungen und eine massive Parkraumvernichtung.

Neben den bereits genannten Themen ist es insbesondere die **marode Gebäudeinfrastruktur unserer Stadt**, die uns umtreiben muss. Allein der Sanierungsstau in unseren städtischen Schulen beträgt über 1 Milliarde Euro. Hinzu kommen die Sanierungs- oder großen Neubauthemen unserer Stadt wie Stadthaus, Oper oder Bäderlandschaft. Der ab 2026 kommende Rechtsanspruch auf eine OGS-Betreuung stellt uns vor zusätzliche immense Herausforderungen.

Selbstverständlich ist der milliarden-schwere Sanierungsstau nicht allein der jetzigen Oberbürgermeisterin oder heutigen Stadtratsmehrheit anzulasten. Er ist in Jahrzehnten und unter verschiedenen Oberbürgermeistern und Ratsmehrheiten entstanden. Gerade deshalb sind wir nun aber auch parteiübergreifend alle in der Pflicht, Lösungswege aufzuzeigen und eine konsequente Abarbeitung dieser Missstände anzugehen.



Fotos: CDU-Ratsfraktion Bonn, AbbasStock (travelview, Bits and Splits)

Guido Déus MdL

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen ins Gespräch kommen. Unter **sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de** oder **Telefon (02 28) 77 20 44** nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen. Aber nun wünsche ich eine schöne Osterzeit und, sofern Sie es einrichten können, schöne Osterferien!

Ihr Guido Déus MdL

CDU-Ratsfraktion fordert Sanierungskonzept für Bonner Großprojekte
Seite 2

Kunst gehört in den öffentlichen Raum, ist für alle da
Seite 2

Kontroverse Personalentscheidungen im Bonner Stadtrat
Seite 3

Erfolgreiches CDU-Familien- und Sozialforum
Seite 3



Adenauerallee: Ach könnte mein Auto doch fliegen ...
Seite 4

CDU fordert koordiniertes Sanierungskonzept für Bonner Großprojekte

Die CDU-Ratsfraktion Bonn fordert angesichts der alarmierenden Zustände im Bonner Stadthaus und anderer städtischer Gebäude ein abgestimmtes Sanierungskonzept für alle Projekte.

Der planungspolitische Sprecher der Fraktion Bert Justus Moll mahnt an, dass neben den Großprojekten wie der Sanierung des Stadthauses und der Stadthalle Bad Godesberg auch Kitas und Schulen berücksichtigt werden müssen. Die CDU betont die Notwendigkeit einer Gesamtkoordination, um die Herausforderungen sowohl personell als auch finanziell bewältigen zu können.

Das Stadthaus, das aufgrund statischer Probleme und maroder Infrastruktur bis 2027 geräumt werden muss, steht im Mittelpunkt der Diskussion. Die CDU kritisiert die Verzögerungen und mangelnde Mittelbereitstellung im städtischen Haushalt. Zudem wird bemängelt, dass die Entscheidung zwischen Kernsanierung und



Bert Justus Moll
Planungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion

Abriss überstürzt getroffen werden soll. Die Stadthalle Bad Godesberg und die Bonner Oper sind ebenfalls Teil der Debatte. Die CDU stellt fest, dass die grün-linke Ratsmehrheit bei der Oper bereits die Sanierungsvariante favorisiert anstatt auch einen Neubau zu prüfen. Die Sanierung der Bonner Schwimmbäder wird weiter verschoben, was zu steigenden Kosten und möglichen Kürzungen bei geplanten Ausstattungen führt.

Die CDU hebt hervor, dass das städtische Gebäudemanagement mit dem enormen Sanierungsstau überfordert ist. Die Fraktion hatte bereits 2021 einen Prüfauftrag eingebracht, um die Großprojekte durch externe Anbieter begleiten zu lassen. Die CDU schlägt vor, eine zusätzliche Gesellschaft nach dem Vorbild Kölns zu gründen, insbesondere für den Bereich Kita und Schule.

Die Entwicklung des Areals des ehemaligen Landesbehördenhauses erfordert zusätzliches Personal, was die Herausforderungen weiter erhöht. Die CDU betont die Notwendigkeit einer Abstimmung und Koordination aller Großprojekte, um effizient handeln zu können.

CDU-Ratsfraktionsvorsitzender Guido Déus (MdL) betont, dass der Sanierungsstau nicht allein der jetzigen Verwaltung anzulasten ist, aber die Grünen seit 2009 in verschiedenen Mehrheitskoalitionen im Rat beteiligt sind. Die CDU ist bereit für Gespräche, um gemeinsam Lösungen zu finden. ■

Kontroverse Personalentscheidungen im Bonner Stadtrat: Kritik an fehlender Bestenauslese

In der Ratssitzung Anfang Februar sorgte die Wiederwahl des Stadtbaurates Helmut Wiesner durch die grün-linke Ratsmehrheit unter Oberbürgermeisterin Katja Dörner für Unmut.

Dörner setzte ihren favorisierten Planungsdezernenten trotz schlechter Bilanz erneut durch, während die anerkannte Jugend- und Sozialdezernentin Carolin Krause und die Stadtkämmerin Margarete Heidler aus parteipolitischen Gründen keine weitere Amtszeit in Aussicht gestellt bekamen.

Die CDU äußert scharfe Kritik am Vorgehen, denn es ist keine Bestenauslese für die Führungsebene der Stadt Bonn erfolgt, sondern nach der gescheiterten ersten Wahl wurde der Stadtbaurat einfach erneut vorgeschlagen.

Mit einer Ausschreibung hätte man den Grundsatz bei Stellenbesetzungen „Eignung, Befähigung, Leistung“ wahren und

ernst nehmen können. Stattdessen wurde die in der Gemeindeordnung als Ausnahme vorgesehene Wiederwahl ohne Ausschreibung erneut bemüht, obwohl unseres Erachtens eine Ausschreibung zur Bestenauslese der richtige Schritt gewesen wäre. Ein „wählen lassen“ bis das Ergebnis stimmt, ist nicht mit unserem Demokratieverständnis vereinbar.

Schlechte Bilanz und falsche Prioritäten
Neben dem Verfahren zur Wahl des Beigeordneten ist auch die Prioritätensetzung von Wiesner zu kritisieren. Dessen Leistungsbilanz zu den wichtigen Themen in Bonn ist nicht gut. Großprojekte und über 50 Projekte in den Stadtbezirken stagnieren, es fehlt ein Gesamtkonzept sowie an Lösungen für Verkehrsprobleme oder ein Fortschritt in der Stadtentwicklung. Beispiele sind unter anderem der ZOB, der nur eine Aneinanderreihung schlechter Kompromisse darstellt, die Verhinderung des ursprünglich beschlossenen Kreisels auf der B56 oder die fehlende Umsetzung eines Zentralen Omnibusbahnhofs für Beuel.



Julia Polley
Stadtverordnete CDU-Fraktion

Dezernentinnen Krause und Heidler unverdient benachteiligt
Wenn man die jeweilige Leistungsbilanz der betroffenen Dezernenten nebeneinander legen würde, würde Helmut Wiesner am schlechtesten abschneiden. Dennoch müssen die zwei verdienten Dezernentinnen Carolin Krause und Margarete Heidler gehen. Die Kämmerin hatte der OB 2023 den Haushalt gerettet ohne Grundsteueranhebung. Carolin Krause genießt ein hohes Ansehen – parteiübergreifend und auch weit über Bonn hinaus. Dörner attestierte ihr mit dem Ausschreibungstext eine hervorragende Arbeit und schlägt sie dennoch nicht zu Wiederwahl vor. In der neuen Ausschreibung wird nun nicht einmal mehr ein Hochschulstudium oder Verwaltungserfahrung gefordert. ■

Kunst gehört in den öffentlichen Raum, sie ist für alle da!

Kunst gehört (auch) in den öffentlichen Raum. Dort wertet sie unsere Innenstadt und die Stadtbezirkszentren auf, dort steht sie allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung und dort regt sie zur Diskussion an.

Deshalb haben wir uns als CDU-Ratsfraktion gemeinsam mit unseren Bezirksfraktionen in den letzten Monaten dafür stark gemacht, dass der Ria-Maternus-Platz in Bad Godesberg die neue Skulptur „Laurelle“ des international renommierten spanischen Künstlers Jaume Plensa erhält. Ebenso war für uns klar: Die Werke „Hommage an Beethoven“ von Markus Lüpertz und „Mean Average“ von Toni Cragg müssen der Bonner Innenstadt erhalten bleiben – jeweils mit Erfolg! Möglich macht dies die Stiftung Kunst und Kultur, die die Werke der Stadt Bonn und ihren Bürgerinnen und Bürgern

als 10-jährige Leihgaben zur Verfügung stellt, ohne, dass der Stadt dadurch Kosten entstehen.

Andere Städte stellen für Kunst im öffentlichen Raum ein eigenes Budget zur Verfügung. Dies sieht der Kulturhaushalt der Stadt Bonn leider nicht vor. Daher sollte das private Engagement der Stiftung umso mehr geschätzt werden. Da der Stadt keine Alternativen zur Verfügung stehen oder sie selbst Kunstwerke für den öffentlichen Raum in Auftrag geben und finanzieren kann, sind die Kunstwerke der Stiftung Kunst und Kultur eine wichtige Bereicherung für Bonn.

Anders wurde dies teilweise in der Kunst-



Christoph Jansen
Kulturpolitischer Sprecher CDU Bonn

kommission der Stadt gesehen, der die Bonner Oberbürgermeisterin vorsitzt. Hier war man erst nach langem Hin und Her bereit, sich bei der Plensa-Skulptur auf einen Kompromiss einzulassen, bei der Verlängerung der Leihverträge für die Skulpturen von Lüpertz und Cragg stimmte man sogar dagegen. Gut, dass die Zuständigkeitsordnung des Stadtrats bei dem Thema „Kunst im öffentlichen Raum“ den Bezirksvertretungen die Entscheidungskompetenz zubilligt und die CDU hier klar positioniert war. ■

Erfolgreiches CDU-Familien- und Sozialforum

Karl-Josef Laumann, NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, setzt Impulse für Bonner Sozialpolitik

Das CDU-Familien- und Sozialforum im Stadtdékanat Bonn erfreute sich großer Resonanz. Minister **Karl-Josef Laumann** hielt einen fundierten Vortrag zu Alter und Pflege, betonte die christlich-katholische Soziallehre als Leitlinie. **Georg Goetz** würdigte die Impulse und betonte das verstärkte Augenmerk auf soziale Themen.

In der Podiumsdiskussion schilderten Sozialdezernentin **Carolin Krause**, **Jean-Pierre Schneider** (Caritasverband Bonn), **Petra Heller** (DRK Bonn) und Guido Déus Bonns Herausforderungen. Minister Laumann kündigte Unterstützung für ein Projekt mit dem Job-Center an, ukrainische Flüchtlinge als Ergänzungskräfte in KiTas und OGS einzusetzen.

Das Familien- und Sozialforum ist Teil des CDU-Programmprozesses „Bonn 2030“, das auf insgesamt acht Foren zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen abzielt. Die Veranstaltung verspricht konstruktive Impulse für die Bonner Sozialpolitik. ■



Georg Goetz
Sozialpolitischer Sprecher CDU-Fraktion





Adenauerallee:

Ach könnte mein Auto doch fliegen ...

Der umstrittene Verkehrsversuch auf der Adenauerallee hat begonnen. Er dauert nun von März bis Ende Mai.

Für den Radverkehr ist nun auf der Adenauerallee in beide Fahrtrichtungen ein Radweg in der Breite von 2,70 Meter abmarkiert. Für den Kfz-Verkehr bleibt eine Fahrspur mit einer Breite von 3,50 Metern.

Der Versuch soll „Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit der Einspurigkeit für Kraftfahrzeuge liefern“, so das Ziel der grün-rot-linken Mehrheit im Rat der Stadt Bonn. Die Erkenntnis nach den ersten Tagen der Einspurigkeit ist von jedem zu beobachten und zu erleben, der die Straße zu den Hauptverkehrszeiten nutzen muss: Noch mehr Stau!

Viele hatten es im Vorhinein gesagt und man muss ja auch kein Hellseher sein: Dieser vorsätzlich verursachte noch größere Stau ist kontraproduktiv – für die Attraktivität der Stadt Bonn, für die Entwicklung der Innenstadt, für die Emissionen, für die Lärmsituation, für die Anwohner und Gewerbetreibenden, für die Eigentümer, für das Wohlfühlen in unserer Stadt.

Noch einmal zur Erinnerung: Die Entwässerungsanlagen und die Fahrbahn der Adenauerallee (Bundesstraße 9) befinden sich in einem sehr schlechten Zustand. Die anstehende Modernisierung soll nun genutzt werden, um nach Abschluss dieser Baumaßnahme den Verkehr auf der Straße neu zu ordnen und zwei Fahrspuren für den Motorverkehr insgesamt zu eliminieren.

Der Probelauf wird zeigen, so heißt es von der Oberbürgermeisterin, ob sich die Planung in der Praxis bewährt und was noch verbessert werden kann oder muss. Während des Probelaufs wird es viele Angebote zur Bürgerbeteiligung geben, sodass Anwohner und Interessierte ihre Beobachtungen während des Verkehrsversuchs weitergeben können. Wir können nur dringend empfehlen, dass sich jeder einlässt und seine Erfahrungen dokumentiert!

Es heißt: Nach dem Verkehrsversuch wird dieser ausgewertet. Aber: Liegt das Ergebnis des Versuches nicht schon quasi vor? In einer Vorlage der Verwaltung steht in etwa, dass „eine Verzögerung der Wegstrecke von sieben Minuten durch den Umbau der Adenauerallee vertretbar sei“.



Nicole Bonnie

Vorsitzende Bezirksfraktion Bonn

Immer noch zu hinterfragen ist, weshalb es keine Verkehrssimulation der Verwaltung gegeben hat. Das ist technisch in der heutigen Zeit kein Hexenwerk und hätte wesentliche Erkenntnisse ohne diesen teuren und ärgerlichen Verkehrsversuch geliefert. Die CDU hatte dies eingefordert.

Und zu hinterfragen bleibt, weshalb die Verwaltung darauf beharrt, dass nur diese neue Verkehrsführung nach der Straßensanierung möglich ist. Eine Neuaufteilung des gesamten Straßensbereichs, also mit der Einbeziehung aller Parkplatzflächen, Betonbeete und Bürgersteige, wurde von der Verwaltung nicht in Erwägung gezogen. Die CDU hatte dies eingefordert. ■



Zurzeit alles andere als attraktiv: Hier könnte dringend benötigter Wohnraum entstehen.

Gewerbegebiet Beuel-Ost: Chance auf attraktives Entree nutzen

Seit langer Zeit gibt der Eingangsbereich des Gewerbegebiets Beuel-Ost entlang der Königswinterer Straße ein tristes Bild ab. Ein Autoverwerter hat das Grundstück gepachtet. Schrottreife Kfz, zerlegte Einzelteile und stetiger Lieferverkehr führen zu andauernden Belästigungen und Beschwerden.

Vor etwa einem Jahr hat die Eigentümergemeinschaft angeboten, auf dem Areal geförderten Wohnungsbau zu errichten und dabei um eine baurechtliche Befreiung bei der Bundesstadt Bonn gebeten. Obwohl ein enormer Bedarf an zusätzlichen Flächen besteht, hat der Planungsdezernent Wiesner diesem Wunsch widersprochen.

Bis zu 75 Wohneinheiten in direkter Nähe zum Beueler Bahnhof

Nun hat die CDU-Fraktion in Beuel sowie im Rat selbst die Initiative in einem Antrag ergriffen und für das Grundstück die Wiederaufnahme des B-Plan-Verfahrens beantragt. Das Planungsgebiet soll in ein Mischgebiet für Wohnungen und Gewerbe umgewandelt werden. Entlang der Königswinterer Straße könnte drei- bis viergeschossig gebaut werden

und in den oberen Geschossen geförderte Wohnungen entstehen. Im Erdgeschoss sowie zur Maarstraße hin könnten gewerbliche Nutzungen integriert werden. Das Neubauprojekt soll an die bestehende Bebauung angelehnt werden. Bis zu 75 Wohneinheiten könnten das neue attraktive Entree zum ältesten Gewerbegebiet bilden. In nächster Nähe sind bereits im 19. Jahrhundert neben der Industrie viele Werkwohnungen für die Beschäftigten in den Betrieben entstanden. Für das Bauvorhaben wäre dieser Gedanke auch vorstellbar. Besonders positiv ist die kurze Entfernung zum Beueler Bahnhof. Ab 2028 soll hier neben den Bussen und der Tram die S13 Richtung Köln fahren. Denkbar wären auch Werkwohnungen für die Bonner Stadtwerke.

Combahnviertel braucht eine Quartiersgarage

Das historische Combahnviertel gehört zu dem Projekt „Bönnsche Viertel“ und soll autofrei gestaltet werden. Neben den Mehrfamilienhäusern in Straßenrandbebauung ist das Gebiet zwischen Von-Sandt-Straße und Rheindorfer Straße durch Restaurants, Cafés, Arztpraxen und Büros belebt. Damit auch



Marco Rudolph

Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

zukünftig die Bewohnerschaft des Combahnviertels sowie die Kunden, Patienten und Besucher Parkmöglichkeiten in der Nähe haben, hat die CDU eine Fläche an der Rheinaustraße als mögliche Quartiersgarage vorgeschlagen. Die Verwaltung soll den heutigen Parkplatz unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes auf grundsätzliche Machbarkeit prüfen. Die Parkgarage soll auf dem Dach eine Photovoltaik-Anlage sowie eine Fassadenbegrünung erhalten. Auch bei diesem Antrag hofft die CDU auf eine breite Zustimmung in der Bezirksvertretung Beuel sowie in den weiteren beratenden Gremien. ■



Tristesse anstelle erfrischender Wasserspiele: Seit Jahren ist die Brunnenanlage aufgrund Streitigkeiten außer Betrieb.

Ria-Maternus-Platz: Fortschritt wider Willen

Der Ria-Maternus-Platz vor dem Bad Godesberger Bahnhof wurde 2020 nach seiner Sanierung neu eröffnet. In diesem Zuge wurde auch die Brunnenanlage wieder in Betrieb genommen, die Ende der 1980er-Jahre abgebaut worden war. Damit wurde ein vielfach gehörter Wunsch aus der Bevölkerung erfüllt.

Doch die Freude über den Brunnen auf dem neu gestalteten Ria-Maternus-Platz hielt nur kurze Zeit an. Nach nur wenigen Monaten musste das Wasser wieder abgedreht werden. Der neue Brunnen hat Mängel. Diese sind jeweils zur Hälfte auf Planungsfehler und auf Ausführungsfehler zurückzuführen, wie aus einem Gutachten hervorgeht. Obwohl seit Mitte 2023 klar ist, dass das beteiligte Planungsbüro das Gutachten nicht akzeptiert, unternimmt die Verwaltung nichts, um endlich eine Lösung zu finden. Das Erscheinungsbild des zentralen Bad Godesberger Platzes droht damit Opfer langwieriger juristischer Auseinandersetzungen zu werden.

Dabei hätte die Stadtverwaltung Möglichkeiten, die Mängel kurzfristig zu beheben und den Brunnen endlich wieder in Betrieb nehmen zu können. Die CDU-Bezirksfraktion fordert die Oberbürgermeisterin in einem Antrag auf, nun endlich aktiv zu werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Beweise für die Mängel zu sichern und die Reparatur des Brunnens durch eine andere Fachfirma durchführen zu lassen. So könnte im Jahr 2024 endlich wieder Wasser vor dem Bad Godesberger Bahnhof sprudeln.

Der Brunnen ist nicht das einzige Thema rund um den Ria-Maternus-Platz, bei dem sich wenig bewegt. Die dringend benötigte Toilettenanlage lässt ebenso auf sich warten wie die seit Jahren beschlossene Radstation. Der Stadtrat hat im Jahr 2015 die Verwaltung mit der Planung einer Radstation beauftragt. 2019 hat die Deutsche Bahn ihre Zustimmung zur Nutzung der ehemaligen Klangstation gegeben. Aber erst Mitte 2023 hat die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.



Jens Röskens

Vorsitzender Bezirksfraktion Bad Godesberg

Immerhin eine Veränderung wird es in diesem Jahr auf dem Ria-Maternus-Platz geben. Die CDU konnte mit vielen Unterstützern die Aufstellung der Skulptur „Laurelle“ des spanischen Künstlers Jaume Plensa erreichen. Das Kunstwerk wird von der Stiftung Kunst und Kultur e. V. finanziert. Der Stiftung, dem Künstler und allen Unterstützern danken wir sehr herzlich für das Engagement. Es ist ein Zeichen, dass sich gemeinsam etwas bewegen lässt. ■



Neu-Duisdorf: Bäume gegen Parkplätze

Bäume und Parkplätze müssen sich nicht ausschließen, aber Parkraum für die Bürger ist im Quartier unverzichtbar.

Die von der Stadtverwaltung organisierte Bürgerversammlung mit über 100 Teilnehmern auf dem Spielplatz in der Köslinstraße hat keine Lösung zu der geplanten Neupflanzung von 42 Bäumen an den Straßenrändern im Quartier Neu-Duisdorf gebracht. Im Gegenteil! Die Bürgerinnen und Bürger sind richtig verärgert und fühlen sich unverstanden.

Keiner sagt etwas gegen Bäume, aber wenn in einem Quartier bereits ein großer Bestand an Bäumen existiert, dann versteht niemand, dass zahlreiche, dringend benötigte Parkplätze der Neupflanzung weiterer Bäume weichen müssen.

Deswegen hat die CDU-Bezirksfraktion einen Dringlichkeitsantrag gestellt und unterstützt einen Bürgerantrag mit dem Ziel, ein geändertes und bedarfsgerechtes Baumkonzept für Neu-Duisdorf aufzustellen und damit möglichst viele Parkplätze im Quartier zu erhalten.

Weder der Bedarf von 42 neuen Bäumen noch der mit der Neupflanzung einhergehende Wegfall einer großen Zahl von Parkplätzen im öffentlichen Raum ist nachvollziehbar und akzeptabel. Die Stadtverwaltung hat zugegeben, dass die Baumneupflanzungen überwiegend Zulasten des ruhenden Verkehrs gehen werden. Bei der geplanten Maßnahme würden für die Pflanzung von 42 neuen Bäumen 26



Bert Justus Moll
Vorsitzender Bezirksfraktion Hardtberg

ausgewiesene Parkplätze im öffentlichen Straßenraum entfallen. Daneben sei an Straßen auch ohne explizite Parkplatzausweisung an vielen Stellen das Parken erlaubt, bei der Umsetzung der geplanten Baumstandorte würden insgesamt weitere 14 solcher Parkmöglichkeiten am Fahrbahnrand entfallen.

Der Wegfall einer großen Zahl von Parkplätzen ist für die Anwohnerinnen und Anwohner des Quartiers nicht hinnehmbar. Viele haben keine eigenen Stellplätze vor dem Haus und sind auf die Parkplätze entlang der Straßen angewiesen. Die Standorte sind zum Teil wahllos ausgewählt. Es ist zu erwarten, dass die neuen Bäume eine erhebliche

Verschattung der Häuser verursachen werden, was den Wohnwert der Häuser und auch deren energetische Versorgung betrifft.

Der Konflikt wäre vermeidbar gewesen, wenn die Stadtverwaltung den Beschluss der Bezirksvertretung Hardtberg auf den Änderungsantrag der CDU-Bezirksfraktion vom 17.10.2023 nicht durch eine neue Beschlussvorlage am 28.11.2023 hätte aufheben lassen. Dann hätte zunächst eine Prüfung der Parkplatzsituation und die Information der Bürgerinnen und Bürger erfolgen müssen.

Die Ausplanung der einzelnen Standorte des Stadtbaumkonzeptes in Bonn steht unter dem Vorbehalt des Beschlusses der Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretungen sind nach der Zuständigkeitsordnung der Stadt für Straßen, Wege und Plätze zuständig und haben Beschlusskompetenz. Wir erwarten, dass die Bezirksvertretung Hardtberg als Beschlussgremium auch weiter bei der Beratung des geänderten Baumkonzeptes zum Erhalt von Parkplätzen in Neu-Duisdorf einbezogen wird.

Wir fordern die Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn und die Stadtverwaltung auf, ein geändertes Baumkonzept zum Erhalt von Parkplätzen für Neu-Duisdorf aufzustellen und es den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in einer Bürgerversammlung vorzustellen. ■